

Leben

## VII.

Aus der österr. deutschen Zeitung.

# Wien. Städtisches.

## Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Schluß der Abend Sitzung vom 8. Juni.

Hierauf hatte Hye ein Zeugniß verlangt, nicht bloß daß er frei gesprochen, sondern des Inhalts, daß er sich stets vortrefflich betragen habe; ferner, daß er sich freiwillig dem Gerichte gestellt und sein Ehrenwort nicht gebrochen habe. Er will dieses durch Plakate und Zeitungen veröffentlichen. Dieses Urtheil des Kriminalgerichts verursachte heftige Aufregung. Der Berichtserfasser selbst erkannte darin, daß nach der Ansicht des Kriminalgerichts die Urheber der Ereignisse vom 26. Mai gar nicht verbrochen, daß aber hiegegen kein anderes Mittel angewendet werden könne, als die Sache dem Reichstage vorzulegen. Dr. Hermann behauptete, Hye sei bloß aus Mangel an Beweise entlassen, man müsse die Untersuchung von Oben anfangen. Der Kriegsminister habe nach der Aussage Hyes geäußert, er könne die Truppen ausrücken lassen, er habe das Recht dazu, wogegen eingewendet wird, daß er nur gesagt habe, er habe das Recht sie ausrücken, aber nicht einschreiten zu lassen.

Sodann wendete sich die Debatte gegen das Kriminalgericht selbst, das beschuldigt wurde, mangelhaft in der Untersuchung vorgegangen zu sein. Daß gegen Hye kein Ankläger sei, sucht Umlauf dadurch zu entkräften, daß das Kriminalgericht von Amtswegen hätte einschreiten sollen, weil ein Angriff auf das Volksrecht gemacht worden sei. Raveaux behauptet: in jeder andern Sache hätte das Kriminalgericht schon nach Zeugen gesucht, in dieser Angelegenheit nicht. Es wäre gar keine Untersuchung gewesen, es haben gar keine Verhandlungen und kein Urtheil stattgefunden. Umlauf fragt, warum man gegen Häfner und Luvora Zeugen aufgetrieben, gegen Hye aber selbst die, welche vorhanden waren, wie Endlicher und die Uebrigen, nicht vernommen habe. Andere wieder behaupten, das Kriminalgericht hätte die Mitschuldigen nicht vernommen, hätte beim Ministerium nicht angefragt, hätte den Kommandanten des in die Bäckerstraße marschirenden Militärs, den Hye zur Rückkehr zu bewegen gesucht haben will, nicht vernommen, und wollen deshalb eine erneuerte Untersuchung. Gräff behauptet: Breuner habe das Militär requirirt, dadurch habe die Stadt Wien 100,000de von Gulden Schaden gehabt, die soll er zu ersetzen gezwungen sein. Andere verteidigten das Kriminalgericht, daß es von dem Standpunkte der alten Gesetze aus richtig gesprochen. Pivani will, daß die Untersuchung im Zusammenhang

geführt werde. Goldmark sagt, nach den alten Gesetzen hätte Hye und Konforten eine Dankadresse verdient, weil sie gegen die Aufwiegler eingeschritten. Innhause findet Mängel in der Untersuchung. Der Sicherheitsausschuß sei nicht befragt worden, habe sich nicht vertheidigt. Was Dr. Köck bei der Universität gethan? Dieser sei nicht gefragt worden. Man solle alle vernehmen. Mit Hye richte man nichts, er berufe sich immer auf seine Privatmeinung, die er dem Minister gegenüber geäußert, die stehe jedem frei. Gegen die Uebrigen müsse man aber einschreiten, müsse Schadenersatz fordern. Gräff kommt immer wiederholt darauf zurück, daß der Schaden gezahlt werden soll. Schiel erklärt eine Appellation für unstatthaft, weil die Voruntersuchung bereits niedergeschlagen wurde. Die Anklage sei gegen jeden besonders erhoben, daher muß auch die Untersuchung gegen jeden insbesondere gepflogen werden. Doch, behauptet er, habe der Ausschuß gegen Professor Hye nicht die Verpflichtung, ein Schuldbloßigkeits-Zeugniß auszustellen. Er möge sich dieses vom Kriminalgericht holen und auf eigene Faust veröffentlichen. Violan: das Versprechen vom 27. Mai, die Angeklagten vor Gericht zu stellen, werde durch die alten Gesetze zur Unmöglichkeit. Es bleibe nichts übrig, als alles vorhandene Material zu sammeln, um gehörig vorbereitet in dieser Angelegenheit vor den Reichstag hinzutreten. Die Hauptsache sei, zu erlangen, daß man die Leute kenne, und sie nicht zu Vertretern am Reichstage wähle, oder wenn sie Aemter inne hätten, von ihren Posten entferne. Endlich wird beschloffen, die Angelegenheit dem Reichstage zu übergeben, eine Kommission zur Ermittlung des Thatbestandes zu ernennen, ihren Bericht zu veröffentlichen, und dem Ministerium davon Kunde zu geben.

Vormittags Sitzung vom 9. Juni. Die Sitzung beginnt mit dem Arbeiterbericht, in welchem besonders die den Arbeitern für die Sonn- und Regentage zu leistende Vergütung eine heftige Debatte verursacht; die dagegen waren, behaupten, man dürfe nichts schenken, es gebe viele Arbeiter die nur faulenz wollen, brave Arbeiter verlangen nichts wenn sie nicht arbeiten, dann würde Niemand Privatarbeit, wo die Regentage nicht vergütet werden, nehmen wollen, man würde dies in finanzieller Beziehung nicht aushalten können. Für eine Vergütung stimmen. Bessely und Fittia besonders will Legirer feste Normen für

die Regentage bezüglich der Zeit, wenn der Regen eintritt; so z. B. soll, wenn der Regen nach 9 Uhr eintritt ein halber Tag, wenn er nach 3 Uhr eintritt ein ganzer Tag bezahlt werden, und dergleichen Bestimmungen mehr. Der Berichterstatter Winwart er aber glaubt, daß feste Normen in einem provisorischen Zustande wie der Unserige ist, unmöglich seien, daher beschloffen wird, deshalb eine Kommission zu ernennen, der die Herren F i t i a und W e s s e l y beizuziehen seien, und bis dahin die Debatte über diesen Gegenstand auszusetzen, bezüglich der Viktualien-Vertheilung wird beschloffen, sich deshalb mit dem Hilfsverein in Verbindung zu setzen, auch die Zuständigkeitsfrage der Arbeiter verursacht eine kleine Debatte und führt zu dem Beschlusse, daß die Zuständigkeit der Arbeiter zu erheben, und bei den Hilfsbedürftigen in Betracht zu ziehen sei. Der Präsident zeigt an, daß ihm eine Brochure in die Hand gekommen, welche die Sittlichkeit und das Ehrgefühl verlege, und daß sich daher augenblicklich eine Deputation zum Ministerium begeben möge mit der Anzeige, daß augenblicklich eine Jury ins Leben gerufen werde, widrigenfalls der Ausschuss eine solche improvisiren werde.

W i l l n e r verliest den Bericht über die Reorganisation der Polizei, dessen Grundzüge sind, daß die Polizei-Direktion aufhöre, dafür eine Stadthauptmannschaft, die unter dem Gemeindevorstande stehe, eingeführt, der Wirkungskreis der Stadthauptmannschaft auf Sicherheit der Person und des Eigenthums beschränkt werden, alle Polizeierhebungen im Beisein erwählter Vertrauensmänner gepflogen, und in den wenigen Fällen, wo die Polizei als Gericht einschreite, ihre Verhandlungen öffentlich gepflogen werden sollen. Ferner, daß ein jedes Polizei-Organ durch ein äußeres Abzeichen kenntlich gemacht werde, und die sogenannten Vertrauten aufzuhören haben. Sodann wird der Bericht wegen Bildung eines Wahlkomitees verlesen.

Die Hauptzüge desselben sind, daß in Wien ein Central-Wahlkomitee aus 15 Ausschussmitgliedern gebildet werde, dessen Zweck ist, durch alle ihm zu Gebote stehende legale Mittel dahin zu wirken, daß zur Vertretung des Volkes nur Männer des entschiedenen Fortschrittes innerhalb der Grenzen einer vollrechtlichen Monarchie, von politischer Bildung, und dem innigen Anschlusse an Deutschland mit Wahrung aller Nationalitäten zugehan, gewählt werden. Das Centralkomitee solle durch noch andere 15 Mitglieder verstärkt werden, welche Bezirks-Wahlkomitees bilden. Eben so sollen in der ganzen Provinz Niederösterreich Bezirkskomitees, welche dem Centralkomitee unterstehen, gebildet werden. In den Provinzial-Hauptstädten sollen Vertrauensmänner aufgefördert werden, ähnliche Centralkomitees zu bilden, und sich mit dem zu Wien in Verbindung zu setzen. Das Central-Wahlkomitee erläßt einen Aufruf an die Provinzen, worin auf die Wichtigkeit des Gegenstandes aufmerksam gemacht wird, ferner ein politisches Programm und eine Aufforderung an die Wahlkandidaten, sich zu melden. Die Provinzial-Wahlkomitees werden aufgefordert ein Gleiches zu thun, und im Falle, daß ihnen ein dermaßen gesinnter Kandidat fehle, sich ans Centralkomitee zu Wien zu wenden; welches einen Solchen ihnen vorschlagen wird; das Central-Wahlkomitee wird eine Liste der gemeldeten Kandidaten veröffentlichen, und die ihm als gestimmungstüchtig bekannten besonders empfehlen. Das Centralkomitee setzt sich mit allen Vereinen der Residenz in Verbindung, fordert die Provinzialkomitees auf, ihm alle Wahlumtriebe zu berichten, und läßt sich vom Ausschusse die Grenzen verzeichnen, innerhalb welcher es sich bewegen kann.

Ein Deputirter des bäuerlichen Standes von Oberöster-

reich bittet zu einem solchen Centralkomitee einen Deputirten des Ausschusses nach Linz zu schicken, um durch sein moralisches Uebergewicht, den Einfluß der Bureaucratie niederzuhalten. Es wurde ihm eingewendet, daß man darin einen Beweis der Meinung finden werde, daß Wien die Provinzen beherrschen wolle, und der Ausschuss hiezu aufgefordert werden müßte. Da aber jener Herr Deputirte die Verantwortung auf sich nimmt, wird beschloffen, dieses dem Centralkomitee zu überlassen.

Ferner entsteht eine kleine Debatte über die Empfehlung der Kandidaten, welche Einige aus der Ursache nicht zugeben wollen, weil sie wie eine Prostitution der Uebrigen erscheint, und darauf antragen, die Unbekannten gar nicht zu veröffentlichen. Da aber Goldschmid nachweist, daß dagegen bei der Frankfurter Wahl die nicht veröffentlichten Kandidaten protestirt hätten, wird der Antrag zugestanden. Man schreitet hierauf zur Wahl unter der Gegenrede Einiger, die die 15. Männer des Centralwahlkomitees von den Kompagnien gewählt wissen wollen was aber wegen des Zeitverlustes abgelehnt wird.

Worauf unter ziemlich tumultarischer Bewegung zur Wahl geschritten wird. Es wird berichtet, daß, ein Fabrikant Namens E l n e r Agio für die Verwechslung der Banknoten gegen Silbermünze gebe.

Einige vertheidigten dieses Verfahren als ein Recht der persönlichen Freiheit, und erklärten jedes Einschreiten dagegen als eine Beschränkung des Handels. Goldschmid hingegen betrachtet dieses Verfahren als illegal und unklug, da die Banknoten auf diese Weise bald einen Cours bekämen, und die Bestimmung des Finanz-Ministeriums sie für klingende Münze anzunehmen zu nichte würde, und auch bald die Aussteller von Wechseln, die auf Zahlung in klingender Münze lauten, gezwungen wären, in Silber und nicht in Banknoten zu zahlen. P i v a n i glaubt, daß der Staat hier eben so das Recht habe die persönliche Freiheit zu beschränken, wie dies durch die Wuchergesetze der Fall ist. Der Antrag Goldschmid's Herrn E l n e r von einem solchen Verfahren abzumahnern und ihm zu rathen, lieber einige Personen für das Auswechseln gehen in die Bank zu zahlen, wird angenommen. Dr. S c h i e l berichtet, ein offener Brief gegen das Wahlgesez rege, besonders durch zwei Punkte, auf, indem er das Stimmrecht für die Arbeiter und indirekte Wahlen fordert; obwol nun der Ausschuss mit dem Verfasser ganz einverstanden ist, glaubt er doch in Rücksicht dessen, daß die Eröffnung des Reichstags nicht mehr verschoben werden könne, sich diesmal darein fügen zu müssen und durch eine Proclamation das Volk zu beruhigen, am Reichstage aber zu agiren, daß dieser Mißstand in dem zu gebenden Wahlgeseze abgeschafft werde.

U m l a u f t und noch Einige wollen, daß man noch vor dem Reichstage diese ungerechten Bestimmungen vernichte, und glaubt, daß eine größere Gefahr drohe, nämlich die, daß die Arbeiter ihr Wahlrecht mit Sturm durchführen möchten, wogegen angeführt wird, daß diese Frage eine Kabinettsfrage werden könnte, daß die Arbeiter zum Ausschusse Vertrauen hätten, und daß eine Verzögerung des Reichstages nothwendiger Weise dadurch entstände, da dieses neue Wahlgesez von allen Ministern, deren 2 in Innsbruck sind, unterschrieben werden müßte. Es wird demnach der Beschluß gefaßt, eine Proclamation zu erlassen, worin die arbeitende Klasse gebeten wird, sich einstweilen zu beruhigen, und darauf hingewiesen wird, daß auch die Wahlberechtigten in ihrem Rechte durch die indirekte Wahl beschränkt werden, sich aber im Hinblick auf den Drang der Umstände fügen, und die Presse aufzufordern, im gleichen

Sinne mitzuwirken, beim Reichstage aber aus allen Kräften für das Wahlrecht der Arbeiter und direkte Wahlen thätig zu sein. Der Minister des Innern zeigt an, daß er nicht begreife, warum die Jury in Presssachen noch nicht ins Leben getreten sei, und daß er schleunigst darüber Verfügungen treffen werde.

Abend Sitzung vom 9. Juni. Diese kurze Sitzung bot wenig bemerkenswerthes dar. Der Vorsteher der Finanzwache erschien und erklärte die in der Sitzung vom 5. erwähnte Anklage, daß er am 26. seine Untergebenen aufgefordert sich dem Militär anzuschließen, als falsch, und bat um Genugthuung. Da der Ausschuss gleich aus dem Inhalte der Adresse, welche die Finanzwache überreicht, die Sache als Gerücht erkannt hatte, wurde dem weiter keine Folge gegeben und dem Beklagten bedeutet, er könne sich durch die Zeitung rechtfertigen. Dr. Goldmark berichtet, daß Herr Schuselka für eine Einladung an's deutsche Parlament nach Wien sei, und rathe diese Adresse durch eine Deputation nach Frankfurt zu schicken; zwar glaubte Goldschmid, daß zu einer solchen Deputation ausgezeichnete Kapazitäten erforderlich wären, deren sich der Ausschuss nicht berauben dürfe; aber Dr. Goldmark erwiderte, daß gerade die mündliche Aufklärung, die eine solche Deputation zu geben im Stande wäre, mehr zu bedeuten hätte als die Adresse selbst. Wegen der hohen Ehre, die eine solche Deputirtenwahl involvirt, wurde beschlossen, die Deputation morgen durch Stimmzettel wählen zu lassen. Zwei Arbeiter haten im Namen ihrer Partie um Ersatz für den Aufnahmestag den sie nicht gezahlt erhielten. Winwartner gab die Aufklärung, daß für den Aufnahmestag die Arbeiter zwar nicht gezahlt, aber mit Brot bedacht worden seien. Da diese Leute aber auch kein Brot erhalten zu haben versicherten, wurde ihnen dieses nachträglich gewährt, auch versichert, daß der Ausschuss jedenfalls für sie Sorge tragen werde, damit sie, wenn auch die Regenzeit die Arbeit verhindere, doch Brot hätten. Das Betragen der Arbeiter und ihre Haltung war eine ihnen nie zugemuthete würdevolle und verständige. Unter einer ziemlich stürmischen Debatte wurde beschlossen, den 15. erwählten Mitgliedern des Central-Wahlkomité zu überlassen, die ersten Schritte, die es für nöthig erachte, zu thun.

Vormittagsitzung vom 10. Juni. Herr Eckardt verliest eine Adresse an die Steiermärker. Dieselbe ruft eine kleine Debatte hervor, welche dadurch beendet wird, daß der Präsident eine Kommission zur neuerlichen Redaktion der erwähnten Adresse ernannt. Wir können nicht umhin die schöne Stelle hervorzuheben, wo es heißt: „Wir sind nicht ausgezogen um Barrikaden zu bauen, sondern um die letzten Bollwerke zwischen Fürst und Volk niederzureißen.“

Der Präsident verliest eine Ministerialzuschrift von Pilsersdorf. In Erwiderung auf eine Zuschrift des Sicherheitsausschusses wird diesem bemerkt, wie der Minister die Ansicht des Letzteren theilt: „daß die Wahlen für den nächsten Reichstag möglichst zu beschleunigen seien.“

Ein Nationalgarde macht die Anzeige, daß auch von Seiten der Oberkommandantur der Nationalgarde im Namen dieser eine Adresse beabsichtigt werde.

Schriftführer Schiel macht aufmerksam, wie dies nicht recht thunlich sei. Ueberhaupt müsse man den Kollisionen zwischen dem Oberkommando der Garde und dem Sicherheitsausschusse ein Ende zu machen suchen. So hatte der Ausschuss beschlossen keinerlei politische Demonstrationen zuzulassen, und doch soll nun von der Nationalgarde ein Fackelzug zu Ehren des Militärs veranstaltet werden. Der Ausschuss müßte demnach geeignete Schritte thun.

Ein Stabsoffizier gibt Aufschluß über die Art wie der Fackelzug zu Stande kommen sollte.

Dr. Goldmark stimmt der Ansicht Dr. Schiels bei, will aber den gegenwärtigen Fackelzug nicht gehindert wissen. Raueaux nimmt Veranlassung von den Uebergreifen des Verwaltungsrathes zu sprechen. Man wollte seiner Kompagnie eine weiße Fahne aufdringen, statt ihrer schon geweihten schwarz-roth-goldenen, doch wird die Kompagnie diese um keinen Preis wieder abgeben.

Dr. Goldmark stellt hierauf folgende vier Anträge, die auch sämmtlich angenommen werden.

1. Soll der Wirkungskreis des Verwaltungsrathes festgesetzt werden.

2. Ist die Stellung der Nationalgarde näher zu bestimmen und diesfällige eine Nationalgardeordnung auszuarbeiten. Es wird dies Aufgabe einer Kommission sein.

3. Protestirt der Ausschuss im vorhinein gegen jeden Beschluß, betreffend einen in's Bereich der Politik fallenden Gegenstand.

4. Die Kompagnien sollen ersucht werden, ihre Vertreter aus dem Verwaltungsrathe zurückzuberufen, damit dem Uebel vollkommen gesteuert werde.

Eine Deputation von Arbeitern erscheint und bringt Beschwerde darüber an, daß man ihnen den letzten Feiertag nicht vergütete und daß sie an der festgesetzten Brotvertheilung nicht gleich den übrigen Arbeitern, Theil haben. Der Präsident gibt ihnen die Zusicherung der Gewährung ihrer ersten Bitte und klärt sie in Ansehung der zweiten darüber auf, wie die Brotvertheilung die verschiedenen Bauplätze nach der Ordnung zu treffen habe. Auch werden sie auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß Arbeiter die ohne irgend einen Verdienst sind, eher Anspruch auf eine Unterstützung haben, als die Beschäftigten.

Herr Schmidt theilt Umtriebe eines Pfarrers der Umgegend von Wien mit. Dieser nannte die Hochschule „das Nest der Pharisäer, die den Kaiser verrathen wie die Alten den Heiland. Die Landleute mögen keiner Verbesserung ihrer Zustände gewärtig sein, sondern des Gegentheils u. s. w.“

Dieser Gegenstand ruft eine lebhaftere Debatte hervor.

Ein Mitglied verlangt, daß erwähntes Individuum in den Anklagestand versetzt werde. Mehrere stimmen bei, und glauben, jener Pfarrer könne eben so gut citirt werden als Professor Hye u. s. w. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß nicht von Wien die Rede sei, und daß man folgerecht gar viele vorladen müßte, z. B. die Kamarilla von Innsbruck. Es wäre besser sich an die Regierung zu wenden, und in nachdrücklichen und klaren Vorstellungen all die Aufwiegler an ihre Pflichten erinnern zu lassen. Auch werde diese das Landvolk aufklären.

Eine Deputation von Groß-Enzersdorf verliest eine Adresse vieler Gemeinden an die Wiener. Dieselbe ist sehr gemüthlich und heiter gehalten und versetzt die Versammlung in frohe Stimmung.

Der Präsident dankt der Deputation: Die Pfarrer scheinen Ihnen die Hölle denn doch nicht zu schwarz gemalt zu haben, da Sie es gewagt, eine Fahrt nach dieser Hölle zu machen. Wenn Wien wirklich eine Hölle ist, so müssen Sie gestehen, daß es eine gemüthliche Hölle sei. Hier meine Herren sehen Sie die Hauptteufel Wiens, sie sind denn doch nicht gar so fürchterlich. Wir sind arme Teufel, doch nur arm an Geld, denn wir sind reich an Liebe für unsere Mitbürger und deren Freiheit und Wohlsein. Wenn Sie sich nicht scheuen, den Händedruck eines solchen Teufels zu erwidern, so mögen Sie Ihre

Sender versichern, daß sie wahre Brüder an uns Wienern haben. (Anhaltender Beifall.)

Der Sprecher der Deputation bittet die Versammlung nicht glauben zu wollen, daß sich die Landleute jetzt noch was weiß machen ließen.

Eine Deputation von der Aula macht den Beschluß denselben bekannt, daß Emissäre auf's Land geschickt werden zur nöthigen Aufklärung des Landvolkes über die gegenwärtigen Verhältnisse. Der Ausschuß — wird der Deputation bedeutet — sei in dieser Beziehung der Aula zuvor gekommen.

Eine Deputation von Wiener Neustadt will im Namen ihrer Sender über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt sein.

Der Sprecher, der nach Brünn abgeschickten Deputation, stattet Bericht über deren Verrichtungen ab. Brünn befehle eine lobenswerthe Stimmung, doch gäben sich hier und dort auch reaktionäre Tendenzen kund.

Das betreffende Grundgericht beklagt sich, daß das Briggittensfest von Einigen nach dem Prater verlegt werden will und protestirt gegen diese Maßregel, da die armen Leute dieses Fests auf den Verdienst dieses Tages hingewiesen sind. (Wird berücksichtigt werden.)

Das Verlesen eines Plakates gibt Gelegenheit zu einer Debatte über die Zulässigkeit der Arbeit während der Feiertage. Dieselbe wird sehr würdig geführt, und mit richtigem Takte weist die Versammlung die Zumuthung einer diesfälligen Beschlußname von sich.

Professor Hye stellt sich der Versammlung vor und eröffnet ihr sein Anliegen: er komme nicht hierher um Gnade zu bitten, sondern Gerechtigkeit zu verlangen. Seine Bitte gehe dahin, ihm in einer noch heute schriftlich zuzustellenden und demnächst durch den Druck bekannt zu gebenden Kundmachung, dasjenige zu bestätigen, was sich als Ergebnis der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung herausstelle. Er habe sich trotz aller Verdächtigungen und zuwider dem Rathe seiner Freunde nicht von hier entfernt und freiwillig dem Ausschusse zur Disposition gestellt. Bittsteller müsse auf's Land, da ihm dies von den Aerzten unbedingt verordnet wird. Doch gibt er der Versammlung sein Wort, daß er sich zu jeder Zeit ihr zu Gebote stellen werde. Er verliest einen Entwurf der von ihm verlangten Kundmachung und entfernt sich hierauf, denselben der ungehörten Verathung des Ausschusses überlassend. Diese Kundmachung wird nach geeigneten Modifizierungen angenommen, wovon sich der später zurückberufene Professor Hye zufrieden gibt, und der Versammlung seinen Dank für die schnelle Erledigung seines Gesuches ausdrückt.

Während die erwähnte Kundmachung neuerdings redigirt wird, nehmen die Verhandlungen ihren ordentlichen Verlauf.

Ein Abgesandter in Angelegenheiten der Pressjury berichtet, wie Minister Willersdorf eben so gut als die Regierung von Niederösterreich die Eingabe des Ausschusses augenblicklich erledigt habe, und selbe nur beim Magistrate Verzögerung erlitten. Doch gab Dr. Bach die Versicherung, die verlangte Geschwornen-Liste und die betreffende Kundmachung solle angefertigt werden.

Die so sehr erwünschte Jury wird demnach in den nächsten Tagen ihr Wirken beginnen, und wird der Gemeinde-Ausschuß die richtigen Verordnungen zu treffen nicht unterlassen.

Als Ergebnis der Wahl nach Frankfurt wird bekannt gemacht, daß von Seiten des Ausschusses die Herren Dr. Goldmark, Gumbel und Dr. Purtscher nach Frankfurt geschickt werden. Ersterer verlangt eine Instruktion, wird aber auf den Geist der Adresse nach Frankfurt verwiesen.

Die Gemeinde Hadersdorf schickt an den Ausschuß einige hundert Laib Brot und einige Cimer Wein zur Vertheilung an bedürftige Arbeiter. Wird dem Vertheilungskomitee zugesendet.

Der Präsident ernennt die sechs Mitglieder der Permanenz und hebt die Sitzung für heute auf.

Abend-sitzung vom 10. Juni. Die in den Märztagen wegen den, in den Vorstädten begangenen Verbrechen, Verhafteten bitten den Ausschuß, sich für ihre Begnadigung zu verwenden. Häfner, Redakteur der Konstitution, theilt mit, daß er Einen von diesen kenne, der gewiß unschuldig und noch immer in Untersuchung sei. Er könne kein Verhör erlangen und sitze doch schon Wochenlang. Es wird beschossen, diese Bittschrift dem Kriminalgerichte mit dem Austrage, „zur möglichsten Beschleunigung und Beendigung der Untersuchung“ zu übergeben.

Eine Deputation der Teutonia (Studentenverbindung der Deutschen) in Prag erscheint, gibt ihre Sympathien kund und erklärt Alles, was die Czechen von Veröhnung gesprochen, als Farsce, da sie zu Hause ganz andere Saiten aufziehen und von Bedrückung der Deutschen nicht ablassen. Der Präsident versichert sie aller möglichen Unterflügung. Redakteur Häfner theilt die Bitte einer großen Anzahl Bürger mit, die sich in ihrem Wahlrechte dadurch beeinträchtigt fühlen, daß die Wahlmänner nur aus dem Wahlbezirk gewählt werden können. Diese Wahlbezirke seien aber sehr klein, so daß sie auf einige Hausherrn etc., die in diesem kleinen Kreise freies Feld haben, hingewiesen seien. Wirth will, daß die Wahlbezirke bloß in zwei Sektionen getheilt werden. Willner schlägt vor, Klubs in den Wahlbezirken zu bilden, wo die zu Wahlmänner sich berufenen Wählenden zusammenkommen, und dort öffentlich in Gegenwart der Urwähler diskutiren möchten, damit diese ihre Gesinnung kennen lernen. Andere machten den Vorschlag, die Bezirke zusammenzuziehen, denn es gäbe in manchem Stadtheilen Häuser, wo kaum ein Urwähler wohne, so in den Häusern, wo Gesandtschaften sind. Dagegen wurde eingewendet, daß nur dadurch die Schwierigkeit vermehrt würde. Man hätte, wenn drei Wahlbezirke in Einen zusammengezogen würden, statt zehn um dreißig zu wählen, das Skrutinum dauere zu lange. Noch Andere glaubten die Hauptsache sei, daß die Wähler sich betheiligen und nicht wie bei den Gemeindevahlen statt 1500, 100 Wähler erscheinen. Freund wollte die Wahlmänner aus den Bezirken gewählt und daß deshalb beim Ministerium angefragt werden sollte. (Fortsetzung folgt.)